



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert
E-mail: dietmar.weinert@wiesbaden.de

Wiesbaden, 04.09.2008

1. Den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales
am Mittwoch, 10. September 2008, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt (höchstens 15 Minuten) -

Tagesordnung

1. **08-A-16-0002**

Eingaben von sozialen Einrichtungen und Institutionen

2. **Genehmigung der Niederschrift vom 13.8.2008**

3. **08-V-11-5026**

DL 35/08-2

Gutachten zur Neuorganisation der Kindertageseinrichtungen in der Landeshauptstadt
Wiesbaden

4. 08-F-25-0068 ANLAGE

Umsetzung des Kindergesundheitsschutz-Gesetzes
- Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 28.5.2008 -

5. 08-V-51-0042

Schaffung neuer Krippenplätze in Delkenheim im Rahmen der Krippenoffensive
- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 9.9.2008. Die Unterlagen werden nachgereicht. -

6. 08-V-51-0027 DL 35/08-7

Freigabe von Mitteln für die Kinder- und Jugendarbeit , Projektförderung bei freien Trägern

7. 07-V-51-0027 ANLAGE

Bildung lokaler Netzwerke Kita - Grundschule
- Schreiben des Dezernates VI vom 13.8.2008 -

8. 08-V-80-8009 DL 36/08-10

Wiesbadener Programm zur Wiedereingliederung älterer arbeitsloser SGB II-Bezieher in den 1.Arbeitsmarkt - „Wiesbaden 50plus“
- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 9.9.2008. -

9. 08-V-20-0047 DL 35/08-5

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.06.2008 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

10. 07-F-25-0098 ANLAGE

Umsetzung des Hessischen Behinderten-Gleichstellungsgesetzes
- Beschlüsse des Ausschusses für Soziales (16.4.2008, 28.5.2008, 13.8.2008) und des Ältestenausschusses vom 21.8.2008 -

11. 08-F-25-0102

Zusätzliche Betreuung von Demenzkranken

- Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90 / Die GRÜNEN und FDP vom 27.8.2008 -

Im Zuge der Pflegereform können Pflegeheime für je 25 altersverwirrte Patientinnen und Patienten zusätzlich einen so genannten „Pflegeassistenten“ einstellen. Diese sollen die regulären Pflegekräfte ergänzen und den Demenzkranken Hilfen anbieten, die im normalen Heimalltag nicht gewährt werden können. Dazu gehören z.B. Vorlesen, Spiele, Musizieren, Kochen oder die Begleitung auf Spaziergängen, bei Einkäufen oder Gottesdienstbesuchen. Finanziert wird die zusätzliche Betreuung durch eine Pauschale, die die Heime von den Pflegekassen erhalten.

Die Genehmigung der Qualitätsrichtlinien für die Ausbildung der Pflegeassistentinnen und Pflegeassistenten steht unmittelbar bevor, so dass Einstellungen in den nächsten Wochen vorgenommen werden können.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- + ob in den Einrichtungen der Altenhilfe GmbH die Beschäftigung von Pflegeassistentinnen und Pflegeassistenten geplant ist, bzw. wie weit die Vorbereitungen gediehen sind.
- + welche Erkenntnisse er darüber hat, welche sonstigen Träger die Beschäftigung von Pflegeassistentinnen und Pflegeassistenten beabsichtigen.

12. 08-F-06-0039

Ergebnisbericht "Bildungschancen und Lernbedingungen an Wiesbadener Grundschulen am Übergang zur Sekundarstufe I" der Universität Mainz

- Antrag der Fraktion Linke Liste Wiesbaden vom 22. August 2008 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge die im Auftrag der Landeshauptstadt Wiesbaden von der Universität Mainz erstellte Untersuchung "Bildungschancen und Lernbedingungen an Wiesbadener Grundschulen am Übergang zur Sekundarstufe I" dem Ausschuss unverzüglich vorlegen und eine Beratung hierüber mit den VerfasserInnen der Studie in der nächsten Ausschusssitzung ermöglichen.

13. 08-F-06-0045

Bekleidungsbeihilfen für Kinder und Jugendliche in Bedarfsgemeinschaften

- Antrag der Fraktion Linke Liste Wiesbaden vom 3.9.2008 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Seit Inkrafttreten des zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) werden nach § 23, Abs.3 SGB II einmalige Leistungen für Bekleidung nur im Fall der Erstausrüstung bei Schwangerschaft und Geburt geleistet. Nachdem einmal eine „Grundausrüstung“ vorhanden ist, sollen aus der Regelleistung Ersatzbeschaffungen, Austausch und Reparaturen angespart werden. Allerdings

ergeben sich bei Kindern und Jugendlichen regelmäßig weitere Erstausrüstungsbedarfe immer dann, wenn es sich nicht um verschleißbedingten Ersatzbeschaffungs- und Ergänzungsbedarf, sondern um wachstumsbedingten Neubedarf infolge von Kleidergrößenänderungen handelt.

Der Magistrat möge deshalb berichten:

1. Bewilligt das Sozialamt für Kinder und Jugendliche in Bedarfsgemeinschaften einmalige Beihilfen für Bekleidung, sofern deren Neuanschaffung wachstumsbedingt erforderlich ist?
2. a) Werden solche Beihilfen wiederholt gewährt?
b) Wenn ja, in welchen zeitlichen Abständen bzw. in welchen Altersstufen?
3. a) Sind für solche wachstumsbedingten Erstausrüstungsbedarfe bestimmte Pauschalen vorgesehen?
b) Wenn ja, in welcher Höhe?

14. 08-A-16-0001

Bericht des Sozialdezernenten

15. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Diers
Vorsitzender